

Autor: Stephan Ueberbach  
Gesprächspartner: Dietmar Bartsch, Vorsitzender der Linksfraktion  
Redaktion: Stephan Ueberbach SWR Studio Berlin  
Sendung: Samstag, 25.02.2017, 18.30 – 18.40 Uhr, SWR

SWR Interview der Woche vom 25.02.2017

*SWR:* Herr Bartsch, um das Thema „Martin Schulz und die SPD“ kommen wir natürlich nicht herum – darum fangen wir am besten gleich damit an. Es gibt aktuelle Zahlen, ganz frisch von Infratest für die ARD, danach liegt die SPD vor der Union, zum ersten Mal seit 2006. Die Genossen gehen mit Schulz rauf von 20 auf 32 Prozent, die Meinungsforscher sind baff – Sie auch?

*D. B.:* Das *ist* eine Überraschung, ich glaube, das hat niemand in dieser Form prognostiziert. Das zeigt aber auch, dass die Stimmungslage im Land eine sehr diffuse ist, und Martin Schulz hat es geschafft, die SPD zu mobilisieren – und das Positive ist, bei den Bundestagswahlen im Herbst geht es nunmehr um was. Sigmar Gabriel wäre nur ein Vizekanzler-Kandidat gewesen und die Kanzlerschaft Angela Merkels wäre fortgesetzt worden. Jetzt ist diese Frage offen – das ist für das Land und die Auseinandersetzung gut.

*SWR:* Die SPD war gerade noch eine verzagte Truppe und auf einmal kann sie vor Kraft kaum noch laufen. Wie macht Martin Schulz das, wie macht der Mann das?

*D. B.:* Ich glaube, dass es viele Ursachen gibt. Eine Ursache ist mit Sicherheit auch die Schwäche der Union, die Zerstrittenheit von CDU und CSU – die Präsentation von Merkel und Seehofer war katastrophal –, aber Martin Schulz hat der SPD Hoffnung zurückgegeben. Wir haben ja die interessante Situation, dass er sich als der Führer der außerparlamentarischen Opposition darstellt, gegen die eigene Bundesregierung. Alles, was er kritisiert, wird von der SPD in Regierungsverantwortung umgesetzt, teilweise fortgeführt. Die Dinge, die er anprangert, sind häufig Ergebnisse der Politik auch der Sozialdemokraten: ich bin seit '98 im Bundestag, von diesen Jahren hat die SPD sechzehn regiert. Aber – und das ist das Gute, sage ich zunächst – er hat Hoffnung gegeben, ohne politisch etwas zu verändern. Wie stabil das ist, welche Nachhaltigkeit das hat, da werden wir die nächsten Wochen abwarten. Ich finde es gut, dass es nunmehr *möglich* wird, einen Politikwechsel im Herbst anzustreben.

*SWR:* Es gibt auch für die LINKEN eine neue Zahl und die wird Ihnen nicht so gut gefallen, nehme ich an. Es sind laut *Infratest* im Moment nur noch sieben Prozent für Ihre Partei, weniger als AfD, weniger als GRÜNE, nur knapp vor der FDP. Ist die LINKE schon das erste Opfer der Schulz-SPD?

*D. B.:* Also die Umfragen für die LINKE sind überall zurückgegangen. Es ist unterschiedlich, wo wir platziert sind, es gibt auch Umfragen, wo wir auf Platz Drei sind – aber ich will da gar nicht darum herumreden: es ist so, dass die Zuwächse der SPD irgendwo herkommen müssen. Ich begrüße natürlich, wenn sie von der Union kommen, ja ich freue mich sogar sehr, wenn die AfD nicht mehr die Rolle spielt, wenn Politik sich nicht ausschließlich an dieser Partei reibt, aber wir als LINKE haben jetzt eine Herausforderung. Ich finde, das ist Aufgabe für uns: wir haben deutlich zu machen, erstens, dass nur Stimmen für die LINKE gesichert nicht die Fortsetzung der Kanzlerschaft von Angela Merkel bringen. Martin Schulz

hat nicht ausgeschlossen eine Große Koalition, er hat bisher noch nicht einmal ausgeschlossen, in ein Kabinett Angela Merkel zu gehen. Zweitens werden wir darauf aufmerksam machen, dass die SPD in Regierungsverantwortung war, häufig Versprechungen gemacht hat und diese nicht umgesetzt hat. Die LINKE ist der Garant für einen Politikwechsel, hin zu sozialer Gerechtigkeit. Die Dinge, die Martin Schulz anspricht, sind häufig Punkte, um die wir Jahre gekämpft haben und wir müssen darstellen, dass der jetzige Wechsel auch ein Erfolg der LINKEN ist. „Links wirkt!“ ist einer der Punkte auch für den Erfolg von Martin Schulz.

SWR: Von sieben Prozent, Herr Bartsch, ist es nicht mehr weit bis fünf, vielleicht sogar drunter – geht es für die LINKE bei der Bundestagswahl um die Existenz?

D. B.: Von sieben bis zehn ist es auch nicht so weit. Also da rate ich, diese eine Umfrage mit sieben anzunehmen, aber auf gar keinen Fall irgendwie in Panik zu verfallen – das sehe ich überhaupt nicht. Wir sind stabil in den Ländern, in den Kommunen und auch auf der Bundesebene. Dieser Effekt ist einer, der zunächst Bewegung in die Landschaft bringt, auch zu unseren Lasten, aber ich bin sehr ruhig, dass, wenn wir thematisch – das, was wir beschlossen haben – durchhalten und klarmachen, dass die Wiederherstellung des Sozialstaates ein wesentlicher Punkt ist und dass wir einen Wechsel in der Politik brauchen, um das große Projekt Europas zu erhalten, das gefährdet ist auch durch die Politik von Merkel und Schäuble – aber eben auch der SPD! Und Martin Schulz trägt eine relevante Verantwortung dafür. Wenn wir das deutlich machen, bin ich sehr ruhig, die LINKE ist gut aufgestellt, programmatisch, strategisch und personell – also Sorgen mache ich mir überhaupt nicht, und um die Existenz -, wissen Sie, ich war mal dabei, als wir um die Existenz gekämpft haben, das war in den 90er Jahren, aber diese Zeiten sind lange überwunden.

SWR: Bleiben wir beim Thema Sozialstaat. Was Martin Schulz sagt zu diesem Thema kommt ganz offensichtlich bei den Genossen, aber auch bei den Wählern fast schon wie eine Befreiung an, auch das zeigt der aktuelle *Deutschland-Trend*, zwei Drittel der Befragten finden es richtig, das Arbeitslosengeld I zu verlängern und auch zwei Drittel finden es richtig, die befristeten Jobs möglichst einzudämmen. Martin Schulz ist also so ein bisschen dabei, die Altlast der SPD zumindest zu begradigen, vielleicht sogar abzuräumen, die *Agenda 2010* – und das ist doch der Gründungsmythos der LINKEN, wenn man ehrlich ist, der Kampf gegen die *Agenda*. Ist Schulz dabei, Ihnen die Existenzgrundlage zu entziehen?

D. B.: Zunächst mal: es gab die Partei vor der *Agenda 2010*, auch da waren wir im Bundestag vertreten, und ich sage gern noch einmal: dass es diese Korrekturen gibt, ist ein Erfolg der LINKEN. Wir haben Jahre darum gekämpft, dass wir wirklich Bewegung bekommen, zum Beispiel beim Thema „sachgrundlose Befristung“, dass das aufhört. Ich würde mir ja wünschen, dass wir das jetzt im Deutschen Bundestag umsetzen – es gibt eine Mehrheit jenseits der Union! Und wenn Martin Schulz seinen Worten auch Taten folgen lassen will, dann müssen wir auch solche Dinge entscheiden. Wenn da immer gesagt wird, das wäre Koalitionsbruch – das ist doch albern! Am 24.9. wird gewählt, niemand wird die Koalition jetzt in den letzten Tagen zerbrechen lassen und wir sagen ja *nicht*, wir wollen jetzt eine große Rentenreform, wir wollen jetzt eine große Steuerreform – wir wollen *die* Dinge, die Martin Schulz postuliert, eben auch jetzt schon umsetzen. Ich will die SPD an den Taten messen und da kann ich bisher wenig feststellen, es sind markige Worte, aber es hat sich in der Politik nichts verändert. Ich freue mich, wenn es einen Kurswechsel gibt; was nicht geht, ist, dass wir im September den Lokführer auswechseln, aber der Zug weiterfährt.

SWR: Dietmar Bartsch, Fraktionschef der LINKEN im Deutschen Bundestag im SWR-„Interview der Woche“. – Aktuell gibt es den größten staatlichen Überschuss in Deutschland seit der Wiedervereinigung, das Land schwimmt im Geld, das war in dieser Woche die große Überschrift – wohin mit den Milliarden aus Ihrer Sicht?

*D. B.:* Ich finde, dass wir eine Situation haben -, dass es derartige Überschüsse gibt und wir Riesendefizite haben und das Land nicht zukunftsfest machen, ist ein Riesenproblem. Ich finde es wirklich nicht akzeptabel, dass man sagt, wir haben Überschüsse, die legen wir in die Rücklage und warten und auf der anderen Seite zerfällt die Infrastruktur, sind wir, was die gesamte digitale Entwicklung betrifft, in Europa nicht mal Durchschnitt – und dann sich darüber zu freuen und die „schwarze Null“ zu einem Denkmal von Herrn Schäuble zu machen, das ist wirklich unverantwortlich gegenüber den Generationen, die nach uns folgen.

*SWR:* Der Bundesfinanzminister will im nächsten Jahr den Steuerzahlern – die das Ganze erwirtschaftet haben – fünfzehn Milliarden Euro zurückgeben. Was ist daran falsch?

*D. B.:* Ich habe überhaupt nichts dagegen, dass wir auch steuerliche Entlastung durchführen. Gerade bei kleinen und mittleren Einkommen, auch bei Unternehmen können wir das tun. Aber genauso fordern wir als LINKE, dass wir bei dem Wahnsinnsreichtum und bei den Riesenvermögen endlich etwas tun. Deutschland ist das einzige Land, was seit zwanzig Jahren auf dem Steuergelände nichts gemacht hat. Die Erbschaftssteuerreform war maximal ein Steuerreformchen. Deswegen haben wir solche Exzesse, dass sich eine einzelne Familie in einem Monat 994 Millionen auszahlen kann, das sind drei Millionen täglich – das alles muss verändert werden. Deshalb – jawohl: auch steuerliche Entlastung, wir sollten die Abgeltungssteuer endlich abschaffen, wir sollten den Steuerfreibetrag deutlich anheben, aber ich bin nicht dafür, zu sagen, pauschal fünfzehn Milliarden, weil die landen wieder bei den Superreichen und bei den Konzernen, die sind in den letzten Jahren genügend entlastet worden und sind ein Teil der heutigen Probleme geworden. Deshalb – jawohl: Investieren in die Zukunft, ja: Erleichterung bei den hart arbeitenden Menschen – um Martin Schulz zu zitieren –, da bin ich sehr dafür, aber keinesfalls pauschale Steuersenkungen, die in die falschen Taschen geraten.

*SWR:* Was halten Sie eigentlich von einem Fairness-Abkommen für den Wahlkampf – braucht man so etwas?

*D. B.:* Ich bin dafür, dass die Parteien fair im Wahlkampf umgehen. Ich finde die Diskussion eines Fairness-Abkommens einigermaßen absurd, sie wird jedes Mal vor Wahlkämpfen geführt, am Ende gibt das Abkommen schon deshalb nicht, weil die Parteien sich nicht einig werden, wer dort alles mit dabei ist. Deswegen bin ich dafür, diese Diskussion zu beenden und die Fairness im Praktischen anzuwenden. Am besten ist es, die Union beginnt erst mal zwischen CDU und CSU mit Fairness, das wäre mal ein erster Schritt, dann können wir das über andere Parteien ausdehnen. Aber ich glaube, diese Diskussion führt von den eigentlichen Problemen, die wir im Lande haben, weg. Ich bin für eine deutliche Auseinandersetzung in der Sache, ich bin für einen harten Wettbewerb, denn eines unserer Probleme ist, dass die Sichtbarkeit von Alternativen in der Politik abhanden gekommen war. Da sage ich: mit Martin Schulz ist das möglich, das wieder klarzumachen und da gibt es dann wirklich auch klare Angebote, in welche Richtung das Land nach dem September dieses Jahres gehen kann.